

Betriebssatzung
des Abwasserwerkes Unkel
- Eigenbetrieb der Verbandsgemeinde Unkel -
vom 26.10.2000

in der Fassung nach dem Stand der 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung
für das Abwasserwerk der Verbandsgemeinde Unkel vom 13.12.2018

Der Verbandsgemeinderat hat aufgrund des § 24 und des § 86 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GemO) in Verbindung mit der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1
Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes

(1) Die Abwasserbeseitigungseinrichtung der Verbandsgemeinde Unkel wird als Eigenbetrieb nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung und den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

(2) Zweck des Eigenbetriebes ist es, das Schmutz- und Niederschlagswasser von den im Gebiet des Einrichtungsträgers gelegenen Grundstücken abzuleiten und unschädlich zu beseitigen sowie das Einsammeln, Abfahren, Aufbereiten und Verwerten von Schlamm aus zugelassenen Kleinkläranlagen.

(3) Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

(4) Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

§ 2
Name des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb führt die Bezeichnung:
Abwasserwerk Unkel
- Eigenbetrieb der Verbandsgemeinde Unkel -

§ 3
Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt:
3.000.000,00 DM
1.530.000,00 Euro

§ 4 Werksausschuss

(1) Der Verbandsgemeinderat wählt einen Werksausschuss, der aus 12 Mitgliedern und 12 Stellvertretern besteht.

(2) Außer in den ihm durch die Hauptsatzung übertragenen Angelegenheiten entscheidet der Werksausschuss insbesondere über

- **1. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen nach § 16 Abs. 3 EigAnVO und zu Mehrausgaben nach § 17 Abs. 5 EigAnVO, wenn diese 10.000 EUR überschreiten,
- **2. die Zustimmung zu außerplanmäßigen Ausgaben wenn diese 10.000 EUR überschreiten,
- 3. die Festsetzung allgemeiner Lieferbedingungen soweit es sich nicht um Tarife handelt,
- 4. die Zustimmung zum Abschluss von Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von 50.000 DM / 26.000 EUR übersteigt, so weit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt; ausgenommen sind auch Angelegenheiten, die nach den Bestimmungen der GemO und der EigAnVO der Beschlussfassung des Verbandsgemeinderates vorbehalten sind,
- 5. die Stundung von Zahlungsforderungen sowie den Erlass und die Niederschlagung von Forderungen, soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören,
- 6. die Einleitung und Fortführung von Gerichtsverfahren und den Abschluss von Vergleichen.

§ 5 Bürgermeister

(1) Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Eigenbetriebes sowie Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter der Werkleitung.

(2) Der Bürgermeister kann der Werkleitung Einzelanweisungen erteilen, wenn sie zur Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit, wichtiger Belange der Verbandsgemeinde, der Einheit der Verwaltung oder zur Wahrung der Grundsätze eines geordneten Geschäftsganges notwendig sind.

§ 6 Werkleitung

(1)*** Es werden zwei Werkleiter/innen (ein/e Technische/r Werkleiter/in und ein/e Kaufmännische/r Werkleiter/in) und ihre Stellvertreter/innen (Vertreter/innen im Verhinderungsfall) bestellt.

(2) Zur laufenden Betriebsführung, die der Werkleitung obliegt, gehören insbesondere

** 2. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abwasserwerkes vom 07.10.2010

*** 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abwasserwerkes vom 13.12.2018

1. die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge, einschließlich der Abwicklung des Leistungsaustauschs,
2. der Einsatz des Personals,
3. die Anordnung von Instandsetzungsarbeiten,
4. die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung,
5. die Erteilung Zwischenberichts gemäß § 21 EigAnVO zum 30. September,
6. die Aufstellung des Wirtschaftsplans, des Jahresabschlusses, des Jahresberichts, des Beteiligungsberichts und des Lageberichts,
7. der Abschluss von Verträgen, deren Wert im Einzelfall 50.000 DM / 26.000 EUR nicht übersteigt,
8. die Stundung von Forderungen bis zu 5.000 DM / 2.500 Euro,
- **9. der Erlass von Forderungen bis zu 2.500 EUR,
- **10. die Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen nach § 16 Abs. 3 EigAnVO und zu Mehrausgaben nach § 17 Abs. 5 EigAnVO bis 10.000 EUR,
11. die Zustimmung zu außerplanmäßigen Ausgaben bis zu 10.000 EUR.

§ 7

Wirtschaftsplan, Beteiligungsbericht, Kassenführung

(1) Der von der Werkleitung aufgestellte Wirtschaftsplan ist rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres über den Bürgermeister nach Beratung im Werksausschuss dem Verbandsgemeinderat zur Feststellung vorzulegen.

(2) Der von der Werkleitung erstellte Beteiligungsbericht (§ 86 Abs. 3 Satz 3 i.V.m. § 90 Abs. 2 Satz 1, 2 und 3 Nr. 4) ist mit dem Wirtschaftsplan (Absatz 1) über den Bürgermeister nach Beratung im Werksausschuss dem Verbandsgemeinderat zur Erörterung vorzulegen. Die Verbandsgemeindeverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

(3) Für den Eigenbetrieb ist eine Sonderkasse eingerichtet, die mit der Verbandsgemeindekasse verbunden ist.

§ 8

In-Kraft-Treten und Übergangsregelungen

(1) Hinsichtlich der Bezugnahmen auf den EURO tritt diese Betriebssatzung am 01.01.2002, im Übrigen am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung vom 12.11.1993 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 20.08.1999 außer Kraft.

Unkel, den 26. Oktober 2000
Verbandsgemeindeverwaltung Unkel

Schwarzmeier
Bürgermeister

Hinweis:

Gemäß § 24 Abs. 6 Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn innerhalb der vorgenannten Frist Verletzungen der Verfahrens- oder Formvorschriften unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich bei der Verbandsgemeindeverwaltung Unkel, Linzer Straße 4, 53572 Unkel, geltend gemacht worden sind, oder wenn die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Unkel, 26.10.2000

Verbandsgemeindeverwaltung Unkel

Schwarzmeier
Bürgermeister